

## „Zonen-Spaltungspolitik zum Gesetz erhoben“

### Stellungnahmen zu Pankows Zollgesetz — „Widerspruch zur Verfassung“

Bonn (dpa/ap/upi). Der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Lemmer, erklärte zu dem von der sowjetzonalen „Volkskammer“ verabschiedeten Zollgesetz, daß mit ihm die „Spaltungspolitik der Zonenmachthaber zum Gesetz erhoben“ werde, da Mitteldeutschland nun zu einem selbständigen Zollgebiet erklärt worden sei. Das Gesetz stehe „in einem eklatanten Widerspruch“ zur Verfassung der Sowjetzone, in der ausdrücklich festgestellt werde: „Deutschland bildet ein einheitliches Zoll- und Handelsgebiet, umgeben von einer gemeinschaftlichen Zollgrenze.“

Über die zollpolitischen Folgen des Gesetzes werde erst nach Bekanntgabe des vollen Textes geurteilt werden können, sagte Lemmer weiter. Es bestehe kein Zweifel, daß dieses Gesetz der Zone eine Handhabe biete, bei der Störung des Warenverkehrs zwischen dem Bundesgebiet und Berlin „weitere Schritte unternehmen zu können“, sobald dies in die politischen Pläne Pankows passe. Daneben ständen die Bemühungen im Vordergrund, „dem Pankower Marionettenregime den Anstrich eines souveränen Staates zu geben“.

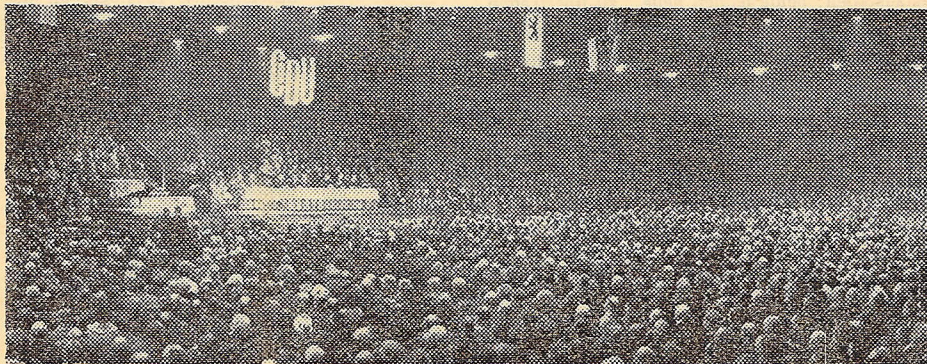
Lemmer betonte ausdrücklich, die Bundesregierung behalte

sich geeignete Schritte für den Fall vor, daß die Zone unter Berufung auf dieses Gesetz den innerdeutschen Verkehr erschwere.

Der stellvertretende SPD-Vorsitzende Wehner erklärte, weder Text noch Praxis des seit dem 1. Januar in Kraft befindlichen neuen Zollgesetzes der Bundesrepublik könnten den Vorwand dafür abgeben, daß man die Einheit des deutschen Zollgebietes zerbreche. Vielmehr sei die Begründung für das neue Zonengesetz „an den Haaren herbeigezogen“. Wehner erklärte weiter, es sei nicht zu verkennen, daß es sich um ein „Ermächtigungsgesetz“

handele, das der Zone die Möglichkeit gebe, eine Politik der Nadelstiche oder gar „Raubrittermethoden des Mittelalters“ einzuführen. Es sollte auch nicht vergessen werden, daß die Zonenregierung Ende Januar in Noten verlangt habe, die Berliner Zollverwaltung aus dem Bund auszugliedern. Die Bundesregierung müsse den Standpunkt vertreten, daß die Berliner Zollverwaltung organisch zum Bund gehöre.

Der Berliner CDU-Bundestagsabgeordnete Gradl schrieb zum neuen Zollgesetz gestern im Pressedienst seiner Partei: „Beschwichtigende Versicherungen aus Pankow hinsichtlich des Berlin-Verkehrs sollten die Bundesregierung nicht davon abhalten, in den Interzonenhandelsgesprächen und auch sonst ganz deutlich zu machen, daß aus zollrechtlichen Schikanen gegen den Berlin-Verkehr schnelle und harte Konsequenzen gezogen werden.“



Zu einer gewaltigen Demonstration für die engen Bindungen Berlins an die Bundesrepublik gestaltete sich die CDU-Kundgebung im Berliner Sportpalast.



## Maß und Mitte

E. Kl. Berg und Erhard, unbestritten zwei erfahrene Männer in Wirtschaftsfragen, haben auf der Tagung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) programmatische Erklärungen abgegeben.

Berg und Erhard sind sich darüber einig, daß die Lohnpolitik künftig besser mit unseren produktiven Möglichkeiten im Einklang stehen muß.

Doch viele Mitglieder der Wirtschaftsverbände haben in der letzten Zeit Lohnabkommen unterschrieben, zuletzt große Autofirmen, vermutlich wohl wissend, daß dann die Preise erhöht werden müssen. Erhard nannte ein solches Verhalten „verantwortungslos“. Gewiß ein starkes Wort, das der Bundeswirtschaftsminister wohl für angebracht hielt, um die gewünschte „Schockwirkung“ hervorzuufen.

Auch Erhard weiß wohl, daß „Geschehenes“ vorerst nicht mehr zu revidieren ist; aber es könnten ähnliche Fehler von nun an vermieden werden. Man hat übrigens den Eindruck, daß sich auch die Gewerkschaften in ihrer Haut nicht mehr ganz wohl fühlen; denn daß wiederholte Lohnerhöhungen (einschließlich sonstiger Leistungen) von rund 10 v.H. jährlich ohne Rückschlag auf die Wettbewerbsfähigkeit und das Preisniveau bleiben können, dürfte niemand ernstlich bestreiten.

Ein weiteres Einvernehmen zwischen Berg und Erhard war festzustellen: beide lehnen neue Steuererhöhungen ab. Über Wünsche der Industrie wird die Bundesregierung mit sich sprechen lassen, wenn es auch noch einige Zeit der Vorbereitung bedarf. Die Rückvergütungen von Umsatz- oder Verkehrssteuern an den Grenzen bei der Ausfuhr, die in den verschiedenen Ländern (auch in der EWG) praktiziert werden, entsprechen nicht immer genau der nachweisbaren steuerlichen „Vorbelastung“. Solange die deutsche Ausfuhr wuchs, hat man über solche Schönheitsfehler hinweggesehen. Jetzt können bei schärferem Wettbewerb etwaige „Ungerechtigkeiten“ auf diesem Gebiet für manche Branchen lebenswichtig werden.

Einige Differenzen zwischen Industrie und Erhard in der Kartellpolitik werden bestehen bleiben. Es ist nämlich sehr schwierig, zwischen einer nützlichen „Kooperation von Mittelstandsbetrieben“ und einer schädlichen Unterbindung des Wettbewerbes, dem wir viel verdanken, zu unterscheiden.

Von der schwächer gewordenen Wettbewerbsposition rührt auch

die leichte Katerstimmung, die nach den „Exzessen der Hor'konjunktur“ sich bei den nächsten Beteiligten jetzt auszubreiten beginnt. Im Grunde bleiben aber Berg wie Erhard Optimisten: sie suchen Maß und Mitte. Sie glauben daran, daß auch die entstandenen Schwierigkeiten zu bewältigen sind, wenn ihre Mahnungen zum Maßhalten gehört werden.

## Über den SED-Äther gegen die Kirche

### Die evangelische Rundfunkkammer in Berlin analysiert die atheistischen Sendungen

Berlin (Eigenbericht). „Pocken — ach, da wa grade bei Krankheit sein, woll'n wa doch mal 'n Chef vom Botenpersonal des lieben Jottes anrufen“ — jemand blättert im Telefonbuch: „Diabetiker-Zentrale — hier ist er schon: Dibelius.“ So war es kürzlich im Ostberliner Rundfunk zu hören, der sich zur Abwechslung in seinen Schmähsendungen auf Christentum und Bischof Dibelius einmal etwas besonderes „Witziges“ hat einfallen lassen und dabei in einen geschmacklosen Pöbelstil ausartete. „War denn der Silvesterpunsch gut geraten?“ fragt ein Sprecher, und darauf tönt die Stimme von Bischof Dibelius (mitgeschnitten aus der Weihnachtspredigt 1961): „Wonne über Wonne, Amen“. Dieses billige Spiel des Einblendens willkürlich aus dem Kontext geschnittener Predigtzitate in die hässlichen Bemerkungen der Ostberliner Politideologen ist in seiner Blasphemie kaum noch zu übertreffen.

### Ideologische „Gehirnwäsche“

Kontinuierlich den Ulbricht-Rundfunk zu hören und seine atheistischen und ideologischen Schulungssendungen zu registrieren, ist eine der Aufgaben der evangelischen Rundfunkkammer in Berlin. Dabei geht es nicht allein darum, zu registrieren, sondern auch zu prüfen, wie solche Sendungen auf den Hörer wirken, um sich ein Bild davon machen zu können, was damit vor allem bei jugendlichen Hörern in der Sowjetzone angerichtet werden kann. Der Leiter der Rundfunkkammer, Kirchenrat Zimmermann, erinnert in diesem Zusammenhang an die soge-

nannte, „unterschwellige“ Reklame, der sich teilweise die Wirtschaft der USA bedient. Sie ist bei uns noch nicht eingezogen, dafür aber in der Sowjetzone längst noch nicht genug analysierter Bestandteil der politischen Propaganda, die mit Hilfe der öffentlichen Kommunikationsmittel eine ideologische „Gehirnwäsche“ im großen Stil veranstaltet. Die Ergebnisse ihrer Registrierungen am Zonenrundfunk wertet deshalb die Kammer aus und führt die Beispiele etwa auf Pfarrkonventionen vor, um zu zeigen: so wird es drüben gemacht.

Darüber hinaus ergibt sich für die evangelische Rundfunkarbeit in Berlin so etwas wie ein „ideologisches Gespräch mit der anderen Seite“. Dazu gehören nicht nur Kommentare zu aktuellen kirchenpolitischen Fragen, sondern auch die Darstellung theologischer Argumentation in der Auseinandersetzung mit der kommunistisch-atheistischen Ideologie an den Exempeln der großen Zeitfragen: Wissenschaftlichkeit, Fortschritt, Glaube, Unglaube. In den Sendungen, die die Rundfunkkammer produziert, geht es darum, die theologische Gegenposition zu den atheistisch-marxistischen Thesen zu setzen und dabei Wissenschaftler wie Friedrich von Weizsäcker oder Karl Barth zu Worte kommen zu lassen und damit den Christen in der Zone Argumente gegen die kommunistische Ideologie zu liefern.

Doch auch um einfache Informationen über Vorgänge des kirchlichen Lebens geht es der Rundfunkkammer in ihren Sendungen, in denen man immer

(Fortsetzung auf Seite 3)



## Über den SED-Äther gegen die Kirche

(Fortsetzung von Seite 2)

daran denkt, daß sie zu einem großen Teil von Hörern in der Sowjetzone und Ost-Berlin aufgenommen werden. Alle evangelischen Gemeinden in der Sowjetzone leiden darunter, zu wenig informiert zu sein, stellte Kirchenrat Zimmermann fest und meinte, die Stabilität der Gemeinden drüben hänge auf die Dauer nicht zuletzt von der Information ab.

### Das kirchliche Wort

Dieses komplexe Arbeitsgebiet, das sich auf die Auseinandersetzung mit dem kommunistischen Atheismus in der Sowjetzone bezieht und etwa eine Zehnminutensendung pro Woche umfaßt, ist nur ein Teil dessen, was man in der Rundfunkkammer in der Zusammenarbeit mit den Sendern tut. Die Kammer führt die der Kirche im Rundfunk zur Verfügung gestellten Sendezeiten in eigener Regie und hat damit das gesamte kirchliche Leben zu Wort kommen zu lassen. Dazu gehören die „Kirchliche Selbstdarstellung“ sowohl in Auseinandersetzung wie im Bericht — von der Synode bis zu theologischen Diskussionen um Taufe und Konfirmation —, sodann die Verkündigungssendungen, die etwa zu 60 Proz. am kirchlichen Rundfunkprogramm teilhaben. In ihnen versucht man, aus der Routine herauszukommen. Bedenkt man, daß eine Rundfunkmorgenfeier eine Zahl von Hörern erreicht, die der der Sonntagsbesucher aller evangelischen Kirchen West-Berlins gleichkommt, und dazu auch noch Menschen erreicht, die nie zum Pfarrer gehen würden, wird die Bedeutung dieser Bemühungen sichtbar.

### Sprechkurse für Pfarrer

Die Evangelische Rundfunkkammer in Berlin ist zehn Jahre alt. Eigentlich hatte man schon 1949 im kleinen Rahmen angefangen. 1952 konsolidierten sich dann die Ansätze. Zu Beginn lag diese Aufgabe noch in den Händen des inzwischen an die deutsche Gemeinde nach London gegangenen Freundes von Dietrich Bonhoeffer, Pfarrer Eberhard Bethge. Heute ist noch das Fernsehen als neues

Medium hinzugekommen, und Kirchenrat Zimmermann wurde zum Berliner Fernsehpfarrer.

Die laufenden Kirchenfunksendungen umfassen heute 120 Minuten pro Woche in beiden Berliner Sendern und regelmäßig alle zwei Tage fünf Minuten im Fernsehen. Es werden keine Predigten gesendet. Die Rundfunkandachten haben ihren eigenen Stil. Deshalb veranstaltet man in der Kammer auch Sprechkurse vor dem Mikrophon für Pfarrer ebenso wie Manuskriptkurse, um sie auf die ungewohnte Aufgabe vorzubereiten, in kurzer, nach Minuten genau abgezahlter Zeit zu reden.

Fertige Bänder der verschiedensten Sendungen oder Dokumentationen gehen gelegentlich auch an BBC oder nach Amerika. Bänder mit Vorträgen von Bischof Dibelius und Präses Scharf sind kürzlich nach Südafrika und Bolivien geschickt worden. Man hat auch einen innerkirchlichen Leihverkehr von Bändern mit kirchlichen Hörspielen oder Diskussionen für Gemeindeabende oder den

Religionsunterricht eingerichtet. Auf solch einem Diskussionsabend wird dann etwa die Frage ventiliert, die Mitarbeiter der Rundfunkkammer einmal zwei Mädechen vorgelegt haben: „Was habt ihr gegen die Kirche?“

„Denn wir haben endlich zu erkennen, wie der heutige Mensch auf die Kirche reagiert“, sagt dazu der ideenreiche und unkonventionelle Rundfunkpfarrer Zimmermann. Er hat auch eine Unterhaltung mit dem Arzt Dr. Lindenberg über die Sünde arrangiert. Solche für „Randsiedler“ wie „Kirchenleute“ gleicherweise und in doppelter Zielrichtung gedachten Sendungen bereitet man in der Themenstellung in der Kammer gründlich vor, um auch das zu treffen, was vom Hörer erwartet wird: So hat die Kammer eine Fragebogenaktion gestartet, um die am meisten interessierenden Themen herauszufinden. Die Antworten ergaben das gleiche, was auch jeder Gemeindepfarrer aus der Sprechstunde kennt: Lebenshilfe wird verlangt, um die Freiheit des Alltags zu bewältigen. —ae—

## 12 000 Evakuierte kehrten zurück

Keine Entscheidungsfrist für Ostbewohner

Am 31. März lief die Frist ab, innerhalb der sich alle ehemaligen Evakuierten entscheiden mußten, ob sie in ihren Heimatort zurückgeführt, in eine andere gewünschte Stadt ziehen oder an ihrem jetzigen Aufenthaltsort bleiben wollen. Nur wenn bis zu diesem Stichtag eine entsprechende Erklärung der noch nicht zurückgeführten Evakuierten abgegeben wurde, haben sie einen „Rückführungsanspruch“, das heißt, einen Anspruch auf Erstattung der Umzugskosten, auf Zuweisung einer Wohnung oder auf entsprechende „Betreuung“ am Aufenthaltsort.

Mit diesem Stichtag ist im wesentlichen die Erfassung und die Regelung der Rückführungsansprüche der Evakuierten nach dem Bundes-Evakuirungsgesetz abgeschlossen. Mit einer Ausnahme: diejenigen Evakuierten, die früher ihren Wohnsitz in West-Berlin oder im heutigen Bereich des Bundesgebietes

hatten, aber noch in Ost-Berlin oder in der Sowjetzone wohnen, können ihren Anspruch auch nach dem 31. März 1962 noch ohne zeitliche Befristung geltend machen.

Über 6000 Familien mit mehr als 12 000 Personen aus dem Gebiet der Sowjetzone oder aus Ost-Berlin hatten sich in den letzten Jahren in West-Berlin als ehemalige Evakuierte bei der Behörde ihres Heimatbezirkes wegen der Rückführung registrieren lassen. Von diesen Evakuierten wurden seit 1957 rund 3600 Familien mit 6200 Personen zurückgeführt. Sie kamen entweder als Flüchtlinge und machten dann in West-Berlin ihre Ansprüche als Evakuierte geltend oder aber bis zum 13. August 1961 mit einer offiziellen Ausreisegenehmigung der Sowjetzonenbehörden.

Der 13. August 1961 machte die Rückführung der übrigen Evakuierten aus der Sowjetzone unmöglich.



## Bonn dämpft die Baukonjunktur

Verzicht auf Repräsentationsbauten  
Sozialer Wohnungsbau nicht betroffen

Bonn (Eigenbericht/ap/dpa). Zur Dämpfung der Baukonjunktur will der Bund mit einem guten Beispiel vorgehen. Er will von nun an auf Repräsentationsbauten verzichten. Außerdem sollen 20 Prozent der im Bundeshaushalt für Bauvorhaben zur Verfügung stehenden Mittel gesperrt werden. Sie sollen nur freigegeben werden, wenn der Bundeswohnungsbauminister es im Einvernehmen mit dem Bundesfinanzminister und dem Bundeswirtschaftsminister unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten für an-

oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

### Am 17. Juni:

#### Antwort auf die Mauer

Bonn (dpa). Der diesjährige 17. Juni wird unter dem Motto „Menschenrecht für alle Deutschen“ stehen, wie der geschäftsführende Vorsitzende des Kuratoriums Unteilbares Deutschland, Schütz, mitteilte. An diesem Tage müsse eine Antwort auf den 13. August 1961 erteilt werden. Die Weltöffentlichkeit und die Deutschen jenseits von Mauer und Stacheldraht sollten wissen, daß die Deutschen diese Absperrung nicht als dauerhaft hinnehmen. Zum 17. Juni soll ein Plakat geklebt werden, das Mauer und Stacheldraht anklagt. Außerdem wird ein Abzeichen mit den Farben Schwarz-Rot-Gold angeboten, das bewußt als Antwort auf die Spalterflagge gedacht ist.

Auf Anregung von Bundespräsident Lübke soll die Bevölkerung am 17. Juni flaggen.

oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

gemessen und tragbar hält. An eine allgemeine Genehmigungspflicht für alle Bauten ist bisher jedoch nicht gedacht. Der soziale Wohnungsbau wird von der Sperre voraussichtlich ganz ausgenommen. Auch der Bau von Eigenheimen und Eigentumswohnungen soll nicht eingeschränkt werden. In Bonn rechnet man damit, daß auch „gewisse zollpolitische“ Schritte zur Dämpfung der Konjunktur vorgeschlagen werden.

Diese Vorschläge bilden die Schwerpunkte der von der Bundesregierung in Aussicht genommenen Maßnahmen zur Dämpfung der Konjunktur. Die Maßnahmen, die gestern vom Bundeskabinett vereinbart wurden, sollen heute vor dem Bundestag von Vizekanzler Erhard in der großen Konjunkturdebatte des Bundestages bekanntgegeben werden.

Wie es heißt, sollen auch die Verteidigungsbauten unter die Sperre der Haushaltsmittel fallen. Für anderweitige Großbauprojekte sollen künftig die Vergünstigungen nach § 7 b des Einkommensteuergesetzes entfallen.

#### Beispiel für Länder

In Kreisen der CDU/CSU, die gestern nachmittag von Erhard über diese Punkte kurz unterrichtet wurden, herrscht noch Unklarheit, was insbesondere unter dem Begriff der Repräsentationsbauten, auf die der Bund verzichten will, fallen soll. Es hat den Anschein, als ob dieser Verzicht in der Hauptsache ein Beispiel für die Länder geben soll, ihrerseits zur Dämpfung der Konjunktur öffentliche Bauvorhaben zurückzustellen.

#### Professoren-Gremium

Im Rahmen der Konjunkturdebatte wird Erhard wahr-

scheinlich auch die Bildung eines unabhängigen Sachverständigenrates vorschlagen. W verlautet, sollen diesem Gremium fünf Professoren angehören. Der Rat soll u. a. die Entwicklung der Preise und Löhne untersuchen und voraussichtlich zweimal im Jahr ein Gutachten erstatten. Auf Grund dieses Gutachtens will die Bundesregierung dem Bundestag einen Lagebericht geben und sich etwa erforderliche Schritte vorbehalten. Das oberste Ziel all dieser Überlegungen ist es, der schleichenden Entwertung des Geldes Einhalt zu gebieten. Erhard vertrat in diesem Zusammenhang die Auffassung, daß Ermahnungen nicht mehr ausreichen, um den kritischen Tendenzen in der Wirtschaftspolitik Einhalt zu gebieten. „Es muß endlich wieder regiert werden“, sagte der Minister.

#### Rekord-Wohnungsbau

Für 1962 ist im Bundesgebiet, einschließlich Berlin, ein Rekordergebnis im Wohnungsbau zu erwarten. Zu Beginn des Jahres waren, wie das Statistische Bundesamt in Wiesbad kürzlich berichtete, 555 000 Wohnungen im Bau, das waren 68 000 mehr als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Außerdem sei der Bau von 182 000 Wohnungen bereits genehmigt worden, so daß im Laufe dieses Jahres über 600 000 Wohnungseinheiten fertiggestellt werden könnten.

## „Glauben — Danken — Dienen“

### Bischof Janssen über 79. Deutschen Katholikentag in Hannover

Berlin (Eigenbericht). Der 79. Deutsche Katholikentag 1962 wird vom 22. bis 26. August in Hannover stattfinden. Bischof Heinrich Maria Janssen aus Hildesheim, dessen Bistum diesmal das Treffen in Hannover aufzunehmen hat, berichtete in Berlin über die Vorbereitungen und Ziele der diesjährigen großen Zusammenkunft der deutschen Katholiken und betonte die besondere Verbundenheit des Katholikentages mit Berlin.

Das Leitwort des kommenden Treffens wird „Glauben — Danken — Dienen“ heißen. Nach Hannover habe man den Katholikentag diesmal aus technischen Gründen einberufen, weil nach dem Eucharistischen Weltkon-

gress in München die große kirchliche Veranstaltung nun im nördlichen Teil der Bundesrepublik stattfinden soll.

Man habe auch deshalb, so betonte Bischof Janssen, keine Bedenken gehabt, den Katholikentag in eine profilierte evangelische Stadt zu legen, weil man mit dem Evangelischen Kirchentag einen freundlichen Austausch pflege.

In Hannover rechnet man mit einer Teilnahme von 250 000 bis 300 000 Menschen und hofft auch auf ein Besucherkontingent aus der Sowjetzone. C. F.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richthofen-Str. 2